

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 1

**Gegenstand: Verabschiedung ausscheidender Ratsmitglieder;
Walter Deutsch (SPD) und Dr. Reinhard Mohler (parteilos)**

Der Vorsitzende dankt Herrn Walter Deutsch für seine langjährige, engagierte Arbeit im Stadtrat. Herr Deutsch gehörte dem Rat – mit einer kurzen Unterbrechung 2008/2009 – seit August 2005 an und war in verschiedenen Ausschüssen aktiv. Zur Verabschiedung aus dem Gremium überreicht ihm der Vorsitzende das Speyerer Ruländer Weinpräsent und die Ratsmedaille „800 Jahre kommunale Selbstverwaltung“.

Herr Dr. Mohler ist bei der Ratssitzung nicht mehr anwesend und bereits auf dem Weg ins Ausland, wo die Familie ihren neuen Lebensmittelpunkt setzt.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 2

Gegenstand: Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern

Fragen und Anregungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen nicht vor.

**Gegenstand: Öffentlicher Trinkwasserspender am Geschirrplätzel;
Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 08.08.2018
[Vorlage: 2636/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn C. Ableiter. Angesichts des heißen Sommers soll der Prüfauftrag an Stadt und SWS feststellen, ob – wie in anderen Städten schon realisiert – die Möglichkeit einer Trinkquelle besteht, z.B. bevorzugt auf dem Geschirrplätzel.

Es handelt sich zwar um einen Prüfauftrag, nach Auskunft des Vorsitzenden liegen aber schon erste Stellungnahmen aus dem Baubereich, der Stadtwerke und des Gesundheitsamtes vor. Von einem Trinkwasserbrunnen wird wegen der Verkeimungsgefahr dringend abgeraten. Allerdings wären auch andere Formen von Trinkwasserspendern denkbar.

Herr Dr. Wilke sieht mit Blick auf TOP 15 Wasser als verbindendes Element. Die CDU unterstützt die Initiative der BGS und plädiert dafür, EU-Vorschriften nicht zu hoch zu bewerten.

Auch Frau Münch-Weinmann hält die Möglichkeit einer Erfrischung für notwendig. Wasserspender mit Bechern hält sie aber, mit Verweis auf die Erfahrungen aus dem Bademaxx, für nicht ausreichend.

Frau Dr. Mang-Schäfer bekundet Unterstützung und verweist auf südliche Länder als Vorbilder. Dort kommen aus Sicht des Vorsitzenden jedoch ganz andere Hygienestandards zum Einsatz.

Beschluss:

Der Stadtrat der Stadt Speyer beauftragt einstimmig die Verwaltung der Stadt Speyer, mit den Stadtwerken Speyer und den zuständigen Verwaltungsstellen zu prüfen, ob in der Innenstadt an einer schattig gelegenen Stelle ein öffentlicher Trinkwasserspender aufgestellt werden kann.

**Gegenstand: Fußgängerüberweg in der Oberen Langgasse;
Antrag der BGS-Stadtratsfraktion vom 22.08.2018
[Vorlage: 2637/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der mündlichen Begründung sieht Herr C. Ableiter eine Stärkung des Fußgängerverkehrs durch eine solche Maßnahme. Diese wäre nach den rechtlichen Voraussetzungen auf Basis der Zählung der BGS zulässig. Der Verbindungsweg zwischen Mühlturnstraße und Storchenpark sollte für Radfahrende an der Einmündung Obere Langgasse durch eine versetzte Durchfahrt-Barriere gesichert werden. Außerdem beklagt er die schlechte Einsehbarkeit der Straße auf Höhe der Sprunghilfe.

Herr Emes erinnert daran, dass es bereits 2006 einen CDU-Antrag dazu gab, weil es schon damals hohe Verkehrsbelastungen gab. Aus rechtlichen Gründen war die Einrichtung des von der CDU gewünschten Fußgängerüberwegs nicht möglich; errichtet wurde die bestehende Übergangshilfe. Möglicherweise führen die vielen Seniorenwohnungen und die Änderung der Schulwege heute zu einer anderen Beurteilung.

Herr Czerny begrüßt für die Grünen den Antrag und verweist auf das Beispiel Worms, das eine viel höhere Dichte an Zebrastreifen aufweist als Speyer. Durch die Wegnahme der 2 Parkplätze an der Einmündung Gerhard-Hauptmann-Straße und Ersatz durch Fahrradabstellplätze könnte zudem die Sichtachse deutlich verbessert werden.

Aus Sicht von Frau Beigeordneter Seiler haben sich die rechtlichen Voraussetzungen nicht geändert. Sie schlägt eine intensivere Beratung im Verkehrsausschuss vor. Dabei sollten auch die bevorstehenden Brückenarbeiten, die Einrichtung einer 30er Zone und die Sichtachse Gerhard-Hauptmann-Straße behandelt werden. Sie fragt nach der Basis für die Zahlen der BGS. Diese wurden laut Herrn Ableiter 3 Mal jeweils in der verkehrsreichsten Stunde durchgeführt. Daraus resultierend wäre für die BGS eine Abweichung von den Sollvorschriften möglich.

Herr Feiniler plädiert dafür, die Burgstraße in die Diskussion im Verkehrsausschuss aufzunehmen.

Die Beauftragte für die Belange von Menschen mit Behinderungen, Frau Mitsch, erinnert daran, bei der Seitenstraßensperrung auch auf die Bedürfnisse von Rollstuhlfahrern zu achten.

Der Antrag wird einstimmig in den nächsten Verkehrsausschuss verwiesen.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 5

**Gegenstand: Parkraumbewirtschaftung in Speyer;
Anfrage von Ratsmitglied Mike Oehlmann (FDP) vom 24.08.2018
[Vorlage: 2634/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Einleitung legt Herr Oehlmann die Beweggründe für diese Anfrage nochmals dar.

Der Vorsitzende weist auf eine Überarbeitung des Parkleitsystems hin. Dabei sollen die kleinen Innenstadt-Parkplätze herausgenommen werden, um einen Suchverkehr in der Innenstadt zu vermeiden. Das Projekt befindet sich laut Herrn Reif, Fachbereichsleiter Bauwesen, noch in der Vorplanungsphase und soll Anfang des kommenden Jahres vorgestellt werden. Ziel ist es, den Durchgangsverkehr aus der Innenstadt herauszunehmen, auch durch mechanische Maßnahmen. Mittel für versenkbare Poller sind bereits 2018 im Haushalt vorgesehen.

Herr Oehlmann möchte in der Zusatzfrage wissen, ob die Stadt auch elektronisch mit Anbietern zusammenarbeitet. Dies ist laut Vorsitzendem zunächst den Modellstädten für nachhaltige Verkehrsentwicklung vorbehalten.

**Gegenstand: Übernachtungsplattform;
Anfrage von Ratsmitglied Mike Oehlmann (FDP) vom 24.08.2018
[Vorlage: 2635/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende informiert darüber, dass die Stadt den Markt beobachtet, um Fehlentwicklungen im Wohnungsmarkt zu vermeiden. Derzeit sind rund 50 Adressen im Stadtgebiet gelistet; das Angebot ist seit Jahren relativ konstant geblieben. Auch die Arbeitsgruppe Bauen beim Städtetag RLP befasst sich mit diesem Thema, um solche Angebote kanalisieren zu können. Möglichkeiten der Einflussnahme bestehen über das Baurecht.

Bisher war ein Eingreifen nicht notwendig. Für eine Zweckentfremdungssatzung liegen die rechtlichen Rahmenbedingungen (noch) nicht vor. Im sozialgeförderten Wohnraum ist eine Nutzung als Ferienwohnung als Zweckentfremdung gar nicht zulässig. Bei GEWO, GBS und GSW sind keine derartigen Fälle bekannt.

Für eine Sanktionierung bzw. ein Verbot gegenüber dem Vermittler (Portalbetreiber) bestehen keine rechtlichen Möglichkeiten.

Auf Nachfrage von Herrn Oehlmann, ob auch gegen den Wohnungseigentümer oder Mieter vorgegangen werden kann, erläutert der Vorsitzende, dass dies nur im bereits dargelegten rechtlichen Rahmen möglich ist; bei Mietverhältnissen hat der Vermieter Sanktionsmöglichkeiten.

**Gegenstand: Abfallentsorgung in der Speyerer Altstadt;
Anfrage von Ratsmitglied Mike Oehlmann (FDP) vom 29.08.2018
[Vorlage: 2647/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In seiner Einleitung nimmt Herr Oehlmann Bezug auf die gestrige Sitzung des Werkausschusses, an der er wegen der parallel stattfindenden Begehung des Industriebetriebs nicht teilnehmen konnte und zu der kein Protokoll vorliegt. Nach seiner Auffassung wäre die öffentliche Empörung über das Vorgehen der EBS vermeidbar gewesen.

Frau Beigeordnete Seiler erläutert eingangs, dass von den 596 gelisteten Straßen im Stadtgebiet insgesamt 117 Straßen und Gassen nicht befahren werden können. Von der Neuerung sind 11 Straßen betroffen, 4 davon neu; 7 wurden bislang abgefahren, obwohl sie laut Abfallsatzung eigentlich nicht mehr befahren werden sollten.

Sie beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1.): Seit wann haben die Stadtverwaltung und EBS Kenntnis davon, dass neue Regelungen der DGUV evtl. Veränderungen bei städtischen Abläufen - wie hier bei der Abfallentsorgung Altstadt - mit sich bringt?

Die letzte DGUV-Änderung erfolgte 2016 nach 5 Jahren Diskussionen. Die Bewertung dieser Vorschriften brachte Änderungsbedarfe beim Rückwärtsfahren und der Straßenbreite ans Licht. Diese waren bis Ende 2017 abgearbeitet und mündeten im SR-Beschluss vom 30.11.2017. Tatsächlich hätte die Umsetzung bezüglich der Straßenbreite hinsichtlich von Vorwärtsfahrten bereits ab 2012 als berufsgenossenschaftliche Regel erfolgen müssen. Die verschärften Regeln für Rückwärtsfahrten gelten seit Oktober 2016.

zu Frage 2.): Wann hat die Verwaltung erstmalig die betroffenen Anwohner/-innen über die angedachten Änderungen informiert und warum wurde dieser Zeitpunkt gewählt?

Im März 2018 gab es mehrere Gespräche mit Vertretern einer Anwohnergemeinschaft.

zu Frage 3.): Welcher Kreis der Anwohner/-innen wurde seitens der Verwaltung informiert? Nur Anwohner/-innen, welche ihren Abfall künftig an anderer Stelle ablegen müssen oder auch zusätzlich die Anwohner/-innen, welche an einer künftig angedachten „Müllsammelstelle“ wohnen?

Als erstes wurden die Anwohner mit einer Veränderung der Anlieferungsstelle informiert, danach wurde zu einer Bürgerversammlung eingeladen. In einem dritten Schritt wurden Rückmeldungen über Menschen mit Beeinträchtigungen abgefragt. Bis Mitte Oktober finden 6 Quartier-Ortstermine mit den Anwohnern statt

zu Frage 4.): Welche angedachten Lösungsvorschläge wurden seitens der Verwaltung seit Bekanntwerden des Problems forciert/intern diskutiert und woran scheiterten etwaige Vorschläge? (Ich denke hier in etwa an KFZ-Halteverbotszonen an Tagen der Abfallentsorgung, oder das Abholen des Abfalls durch Mitarbeiter/-innen der EBS und Verbringung an Sammelstellen am Vortag der Abfallentsorgung)

Untersucht wurden 11 verschiedene Varianten von Volservice über logistische Änderungen und kleinere Fahrzeuge bis zur Verhängung von temporären Halteverboten. Die Präsentationen und das Protokoll der Bürgerversammlung sowie des Werkausschusses (→ [Ratsinfosystem](#)) werden dem Ratsprotokoll angefügt. Weitere Diskussionen sind im Werkausschuss zu führen.

zu Frage 5.): Warum wurde seitens der Verwaltung nicht frühzeitig ein Bürgergespräch anberaumt, in welchem Lösungsvorschläge hätten diskutiert und auf Belange der Anwohner*innen eingegangen werden können?

Ursprünglich war die Umsetzung für das 1. Halbjahr 2018 vorgesehen. Aufgrund unvorhersehbarer Umstände kam es zu Verzögerungen; eine Verschiebung in das 3. Quartal 2018 war geplant. Nachdem die Fahrer aber ab Juni nicht mehr bereit waren, das Risiko weiter zu übernehmen, wurden Sofortmaßnahmen erforderlich.

zu Frage 6.): Welche Überlegungen gibt es seitens der Verwaltung und der EBS hier nun konkret, zum einen als Service für die Kunden den Abfall der Anwohner zu deklarierten Müllsammelstellen zu verbringen und die angedachten Müllsammelstellen so zu gestalten - evtl. Müllmulden -, dass weitestgehend eine Geruchsbelästigung und breitflächiges Vermüllen öffentlicher Fläche an Abholtagen verhindert wird, Stichwort Erscheinungsbild?

Da derzeit weder Personal noch andere Fahrzeuge verfügbar sind, müssen die Sammelpunkte weg von den Häuserfassaden; dies erfolgt quartiersweise. Im Quartier 1 wird zusätzlich ein Parkverbot zu den Sammelzeiten getestet. Auch weitere Quartiersbesuche erfolgen, nach Möglichkeit mit Beteiligung der politischen Vertreter*innen.

Herr Oehlmann bezeichnet in seiner Zusatzfrage den Umgang mit dem Zeitplan seit 2012 als nicht nachvollziehbar.

Frau Seiler erwidert, zu 2012 könne sie keine Aussage treffen. In die Überlegungen sind auch die Anliegen der Mitarbeiter einzubeziehen.

**Gegenstand: Alter Stadtsaal;
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.09.2018
[Vorlage: 2680/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Jaberg kritisiert einleitend, dass die Ratsmitglieder die Information zu den weitergehenden Sanierungsmaßnahmen erst aus der Presse erfahren haben. Der Vorsitzende verweist auf die Tischvorlage zu TOP 18, die sich genau mit dieser Thematik beschäftigt.

Er beantwortet die Anfrage wie folgt:

Fragenblock 1:

zu Frage 1.): Zu welchem Zeitpunkt haben die Umbauarbeiten begonnen? Gab es bei Beginn der Renovierungsmaßnahmen schon Verzögerungen? Wenn ja, welcher Art?

Begonnen wurde ab April 2018 mit der Ausräumung, bei Freilegung der Substanz ab Juni 2018 wurde deutlich, dass die statischen Probleme schwerwiegender sind, als zunächst angenommen. Bis Ende August wurden intern die verschiedensten Lösungsdiskussionen geführt.

zu Frage 2.): Wann sollen die Umbauarbeiten abgeschlossen sein - dem jetzigen Stand zur Folge?

Die Verwaltung rechnet ca. mit einer 1jährigen Verzögerung

zu Frage 3.): Welche weiteren unvorhergesehenen Probleme wurden im Verlauf der Umbaumaßnahmen entdeckt?

Bisher keine.

zu Frage 4.): Welche Kosten kommen zusätzlich auf die Stadt Speyer zu?

Es wird auf die Tischvorlage zu TOP 18 verwiesen, in der die Zusatzkosten dargelegt sind.

Fragenblock 2:

zu Frage 1.): Wie hoch ist die Miete des alternativen Spielortes, das Heiliggeist-Gebäude, die keine Kirche mehr ist?

Es wird keine Miete erhoben, allerdings sind die Nebenkosten von der Stadt zu tragen.

zu Frage 2.): Warum hat die Stadt Speyer die Gelegenheit nicht genutzt das Gebäude damals zu erwerben?

Ein Erwerb von Kirchen verbietet sich in Zeiten klammer Haushalte.

zu Frage 3.): Wie hoch war die Kaufsumme für das Heiliggeist-Gebäude der damaligen Besitzerin?

Die Fragestellung ist aus Sicht der Verwaltung missverständlich. Ratsmitglied Franck erläutert, dass Kirchengebäude üblicherweise zu einem Preis angeboten werden, den die Wiederherstellung eines vergleichbar großen Gebäudes an anderer Stelle kosten würde. Das höchste Angebot (privat) lag damals lediglich bei 153.000 €, weshalb die Ev. Landeskirche von einem Verkauf abgesehen hat.

Gegenstand: Feuerwache;
Anfrage der Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 16.09.2018
[Vorlage: 2681/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

In der Einleitung zitiert Herr Czerny aus dem Protokoll des Ratsbeschlusses zum Neubau der Feuerwache, in dem von einer zügigen Umsetzung gesprochen wird.

Nach 4jähriger Planung ist immer noch nichts passiert, während die damals von den Grünen vorgeschlagene und bessere Lösung ca. 2,5 Mio. € günstiger gewesen wäre.

Der Vorsitzende verweist auf den TOP 30.3 im nichtöffentlichen Teil, mit dem sich ein Großteil der Anfrage erledigt.

In der Planung ist derzeit bereits der Fachplaner tätig, das förderfähige Raumprogramm wurde auch bereits mit der der ADD abgestimmt. Eine Genehmigungsplanung (Bauantrag) liegt allerdings noch nicht vor. Die weiteren Maßnahmen am konkreten Objekt sind nach heutigem Beschluss abzuarbeiten. Der erhoffte Spatenstich wird Ende 2018 nicht erfolgen. Der Grundstückstausch ist nicht im Stocken, gestaltet sich bei einem Vorhaben mit mehreren Beteiligten aber etwas schwieriger als im Privatbereich.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 12

**Gegenstand: Digitalisierung der Verwaltung;
Anfrage der SWG-Stadtratsfraktion vom 17.09.2018
[Vorlage: 2684/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt

Frau Dr. Mang-Schäfer weist eingangs u.a. darauf hin, dass Frage 14 fehlerhaft formuliert sei, es geht nicht um den Stand der Veröffentlichung, sondern um die digitale Bereitstellung als Open Data. Eine Datenbereitstellung ist laut Vorsitzendem möglich, allerdings nicht in einem Open Data-Format.

Er verweist auf die umfangreiche [Stellungnahme der Verwaltung](#) und schlägt vor, diese digital im Rats- und Bürgerinformationssystem zur Sitzung zur Verfügung zu stellen. Frau Dr. Mang-Schäfer hätte die Informationen gerne vor der nächsten Arbeitssitzung der KEF-Runde.

**Gegenstand: Wohnen "Am Mausbergweg";
Anfrage der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.09.2018
[Vorlage: 2685/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende weist eingangs darauf hin, dass das Projekt „Erschwingliches Wohnen“ nicht an den Standort Mausbergweg gebunden ist und beantwortet die Anfrage wie folgt:

zu Frage 1.): *Wie weit sind die Planungen für das Modelprojekt preisgünstiges und effizientes Bauen „Am Mausbergweg“ fortgeschritten?*

Die Kostenermittlungen laufen, die Bauantragsunterlagen sind erarbeitet. Es haben diverse Termine mit dem Land und dem Entwickler stattgefunden. Die Vorstellung des Planungsstandes ist in einer der nächsten Ratssitzungen vorgesehen.

zu Frage 2.): *Ist es richtig, dass die Salierschule weiteren Platzbedarf angemeldet hat?*

Dazu ist der Verwaltung nichts bekannt. Die Schülerzahlen sind eher rückläufig (mittelfristig vermutlich 3zünftig statt 4zünftig).

zu Frage 3.): *Ist die Fläche im Eigentum der Bürgerhospitalstiftung? Wenn ja, entspricht eine eventuelle Planung und Bebauung überhaupt dem Satzungszweck der Bürgerhospitalstiftung?*

Ja, es ist vorgesehen, die Fläche auf Erbpachtbasis zur Verfügung zu stellen. Derzeit erbringt die Fläche für die Stiftung einen Ertrag von 0 €.

Herr Feiniler erkundigt sich in der Zusatzfrage, wo man die rechtmäßige Verwendung der Einnahmen der Bürgerhospitalstiftung (BüHo) entsprechend Stiftungszweck nachvollziehen kann. Dies erfolgt laut Vorsitzendem im Jahresabschluss der BüHo, der vom Rechnungsprüfungsausschuss geprüft und vom Stadtrat verabschiedet wird.

**Gegenstand: Einzelhandel;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 16.09.2018
[Vorlage: 2686/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Feiniler. Der Antrag basiert auf dem letzte Woche beschlossenen Einzelhandelskonzept. Die SPD sieht es als Aufgabe der städtischen Wirtschaftsförderung (WiFö), sich um kleinflächigen Einzelhandel zur Versorgung in allen Stadtvierteln zu kümmern, vergleichbar der Entwicklung um den Berliner Platz.

Die WiFö und der Vorsitzende selbst stehen in Verhandlungen mit Eigentümern im Vogelgesang wegen Neuschneidung der Gewerbeflächen. Allerdings scheinen für einige Eigentümer steuerliche Abschreibungen der Läden interessanter zu sein als eine Vermietung. Auch hinsichtlich eines Cap-Marktes in SP-West wurden mit VFBB und Gabis verschiedene Anbieter angesprochen und Abschreibungen durchgeführt, um Ladengeschäfte attraktiver zu machen. Wer interessierte Kaufleute kennt, möge sich bitte melden.

Herr Feiniler erwidert, es sei nicht Aufgabe des Rates, die Arbeit der WiFö zu machen und wirft die Frage auf, warum das in anderen Städten, z.B. Karlsruhe, funktioniert.

Das Anliegen ist für die Grünen laut Frau Münch-Weinmann nachvollziehbar. Sie sei zur Mitarbeit durchaus bereit. Aus ihrer Sicht sollte man prüfen, ob z.B. die Vorschriften für die Vorhaltung von Toilettenanlagen für kleine Betriebe gelockert werden können.

Herr Dr. Wilke erklärt, das Thema beschäftige den Stadtrat seit Jahrzehnten zu Recht, weshalb die CDU den Antrag unterstützt. Erfolgreich sei dies in der Kurt-Schumacher-Straße gelungen. Als abschreckendes Beispiel verfehlter Einzelhandelspolitik nennt er Ludwigshafen. Daher sei es eine Daueraufgabe, den inhabergeführten Einzelhandel zu unterstützen.

Auch Herr C. Ableiter signalisiert Unterstützung für das Anliegen, unterstreicht aber, dass man Unmögliches nicht verlangen kann. In einigen Bereichen sei einfach nicht mehr möglich, in SP-Nord nach seiner Auffassung schon. Er wirbt für die Idee der kleinen Versorgungsbetriebe (in Berlin „Spätis“ genannt). Als Beispiel nennt er den Sicherheitsladen in der Oberen Langgasse, der sich zum Minimarkt entwickelt hat.

Die Linke unterstützt durch Herrn Popescu den Antrag der SPD und erkennt das Problem an. Er kritisiert die Gentrifizierung in den Top-Lagen durch internationale Ketten. Die Kommune muss kleine Läden und Kneipen unterstützen.

Frau Dr. Mang-Schäfer unterstreicht, dass eine Belebung der Flächen mittels einer Horizonterweiterung der WiFö für moderne Konzepte angestoßen wird (Unverpacktläden etc.), sollte ein klassischer Nahversorger nicht realisierbar sein.

Herr Oehlmann greift die Beiträge der Vorredner auf, um die Unterstützung der FDP zum Ausdruck zu bringen. „Dranbleiben“ sei Daueraufgabe der kommunalen WiFö.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig:

Die Verwaltung wird beauftragt, darzulegen, wie sie kleinteilige Einzelhandels- und Gastronomieangebote an den Einzelhandelsstandorten im Stadtgebiet und vor allem in den Stadtteilen stärken und unterstützen kann. Die Fortschreibung des Einzelhandelskonzeptes der Stadt Speyer kann dabei unterstützend herangezogen werden.

**Gegenstand: Wassererfrischungsanlagen;
Antrag der CDU-Stadtratsfraktion vom 08.09.2018
[Vorlage: 2688/2018](#)**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die mündliche Begründung erfolgt durch Herrn Dr. Wilke. Er verweist auf das Beispiel anderer Städte; wie gut Angebote mit Wasser angenommen werden, zeigt die Brunnenanlage auf dem Berliner Platz. Die Prüfung sollte zusammen mit den Stadtwerken erfolgen.

Frau Münch-Weinmann findet die Anregung gut, gibt aber zu bedenken, dass neben der Kühlung auch an die Platzgestaltung gedacht werden muss. Dazu gehöre auch Schatten durch Bäume; dies unterstreicht auch Herr Czerny.

Entsprechende Maßnahmen tragen laut Herrn Feinler zur Attraktivität der Stadt bei.

Herr Popescu spricht von einem sehr charmanten Antrag, der in Zusammenfassung mit dem bereits besprochenen Trinkwasserspender geprüft werden sollte. Der Vorsitzende erläutert, dass sich die Prüfung nicht nur auf einen Standort beziehen wird. Beide Vorschläge können im Rahmen einer Synopse dargestellt werden. Er erinnert an Beispiele aus Japan zu begrünten, befeuchteten ÖPNV-Haltestellen.

Herr C. Ableiter sieht eine Ausweitung der eigene Idee. Bei zunehmend italienischem Klima darf man die Stadt nicht zur Hitzewüste werden lassen. Wasserleitungen/-anschlüsse sind ja vorhanden.

Frau Dr. Mang-Schäfer freut sich über den Vorschlag der CDU und fragt nach, bis wann ein Ergebnis zu erwarten sei. Aus Sicht des Vorsitzenden können Planungsmittel frühestens nächstes Jahr einstellt werden; außerdem erinnert er an vergleichbare Aufträge aus der letzten Sitzung. Er äußert die Bitte, das eben erst fertiggestellte Erscheinungsbild des Geschirrpätzels nicht gleich wieder aufzureißen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig (bei 1 Enthaltung: F. Hinderberger, SPD):

Die Verwaltung wird beauftragt, zu prüfen und Vorschläge zu machen, wie – z.B. durch die Stadtwerke Speyer – an geeigneten Stellen der Innenstadt Wassererfrischungsanlagen nach Muster der Vorlage installiert werden könnten.

Gegenstand: Kultur für Alle
[Vorlage: 2640/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Der Vorsitzende verweist eingangs darauf, dass es aus den Ausschüssen keinen empfehlenden Beschluss gibt. Die Entscheidung wurde ergebnisoffen in den Rat gehoben, nachdem beide Vorschläge wohlwollend zur Kenntnis genommen wurden. Seine persönliche Empfehlung ist eine Entscheidung für Kulturparkett Rhein-Neckar e.V., das regional orientiert ist und professionell geführt scheint. Die Kulturloge hingegen ist rein ehrenamtlich aufgebaut, was für einen kontinuierlichen Kontakt zu den Kunstschaffenden eventuell nachteilig ist.

Herr Franck erläutert, dass die SPD-Fraktion trotz erkennbarer Vorteile für Kulturparkett e.V. etwas mehr Bedenk- und Entscheidungszeit braucht, weshalb heute keine Beschlussfassung stattfinden sollte.

Herr Wagner spricht von einem entscheidenden Angebot für den Zusammenhalt in der Gesellschaft. Kultur darf kein Luxus sein. Die CDU spricht sich in der Abwägung aller Aspekte für Kulturparkett e.V. aus.

Herr C. Ableiter erklärt, er habe Informationen von Betroffenen darüber, dass sich in der praktischen Umsetzung der Umgang mit Kulturparkett durch die Vorlage eines Ausweises etwas unschöner gestaltet, während die Abwicklung bei der Kulturloge diskreter erfolge, weshalb sich die BGS für die Kulturloge ausspricht. Nach Ansicht des Vorsitzenden bieten beide Systeme vielfältige Möglichkeiten der Kartenbeschaffung. Deshalb sollten diejenigen, die sich benachteiligt fühlen, ihre Erfahrungen bei der Verwaltung direkt vortragen.

Frau Münch-Weinmann lobt zunächst die gemeinsame Veranstaltung der beiden Ausschüsse. Sie ist der Auffassung, dass das Beispiel Marburg nicht mit Speyer verglichen werden kann, weil hier noch keinerlei Struktur vorhanden ist und wirbt für die Idee der Weiterentwicklung in der MRN. Deshalb hat sie eine deutliche Präferenz für Kulturparkett e.V.; wichtig sei, dass Geld im Haushalt für einen Start 2019 vorgesehen wird.

Herr Popescu erkennt bei der ganzen Diskussion doch Einigkeit für ein Kulturangebot für alle. Er möchte die Idee aufgreifen, dass sich die Personen, die sich benachteiligt gefühlt haben, direkt dazu äußern.

Die Internetrecherche von Frau Dr. Mang-Schäfer ergab, dass die Abholung an der Abendkasse bei beiden Systemen möglich ist.

Herr Franck bittet darum, dass die Präsentationen der beiden Anbieter mit dem Protokoll übersandt oder digital hinterlegt werden. Wenn es aktuell um die Bereitstellung eines bestimmten Betrages für den Haushalt geht, gibt sich die SPD ergebnisoffen.

Herr Wagner plädiert für Vertagen. Auch Frau Münch-Weinmann spricht sich unter diesen Umständen dafür aus, heute keine Entscheidung zu treffen. Mit ihrer Frage, wer von der BGS in der gemeinsamen Ausschusssitzung anwesend war und weshalb die Einwände erst heute im Rat vorgebracht werden, wird eine lebhafte Debatte angestoßen.

Die Entscheidung wird mit 3 Enthaltungen aus den Reihen von B90/Grüne und SWG zurückgestellt.

Gegenstand: Kinder- und Jugendtheater
[Vorlage: 2678/2018](#)

Gegenstand: Investiver Finanzhaushalt 2017; außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 28100.0960003-2311 – Anlagen im Bau für Baumaßnahmen – (Kinder – und Jugendtheater)
[Vorlage: 2695/2018](#)

Die Tagesordnungspunkte 17 und 18 werden gemeinsam behandelt. Die Vorlage des Gebäudemanagements und die Tischvorlage der Kämmerei sind dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass eine Mittelbereitstellung erfolgen muss, da ansonsten keine Wiedereröffnung Weihnachten 2019 erfolgen kann, wie bereits unter TOP 10 dargelegt. Angesichts der HH-Lage der Stadt sind die Mehrausgaben tragbar.

Auch Herr Neugebauer bezeichnet die Maßnahme zwar als teuer, aber eigentlich alternativlos.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 320.000 € bei HHSt. 28100.0960003-2311 – Anlagen im Bau für Baumaßnahmen – (Kinder- und Jugendtheater).

**Gegenstand: Frischküchen in städt. Kindertagesstätten –
Stadtratsbeschluss vom 19.10.2017**
[Vorlage: 2689/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Münch-Weinmann ist die Verwaltungsvorlage zu ausführlich; sie mache erkennbar, wie schwer sich die Verwaltung immer noch damit tut. Es bleibt Zielsetzung der Grünen, eine Frischküche in jeder KiTa einzurichten; dabei sollte auch an die Schulen gedacht werden. Großküchen lehnt sie ab, ist aber interimsmäßig mit Quartiersküchen einverstanden.

Herr Feinler hingegen ist dankbar für die Ausführlichkeit. Alle Fraktionen wollten Frischküchen. Die SPD hatte sich für eine Großküche ausgesprochen, die Grünen nicht. Quartierbezogene Küchen sind ein Zwischending. Außerdem musste allen klar sein, dass ein solches Projekt nicht kostenlos umzusetzen ist.

Auch Herr Dr. Wilke hebt für die CDU hervor, dass die Vorlage genau der Bericht ist, den der Rat eingefordert hatte. Dieser zeige deutlich, was von Vorneherein klar sein musste, dass es weder räumlich noch finanziell einfach sein würde. Alle Probleme sollten die Stadt aber nicht daran hindern, an der Sache dranzubleiben – auch trägerübergreifend. Er ermuntert alle, auf dem eingeschlagenen Weg weiterzugehen.

Herr C. Ableiter berichtet über eigene Erfahrungen aus dem Neubau der Uni-Küche. Echte Frischküchen gehen halt an einigen Standorten einfach nicht, selbst wenn man das Geld und das Personal dafür hätte. Die BGS unterstützt die Arbeit der Verwaltung.

Herr Popescu sieht in der Vorlage die beschlossene Information über den Fortgang. Dort wo neue KiTas gebaut werden, müssen Frischküchen eingeplant werden. Dort wo es nicht möglich ist, stimmt die Linke Quartiersküchen zu. Er sieht Speyer dabei weiter als Mainz; dort konnte sich der Rat nicht für eine Entscheidung zugunsten von Frischküchen durchringen.

Frau Bürgermeisterin Kabs spricht ausdrückliches Lob an Herrn Stöckel und Frau Bast aus.

Der Stadtrat nimmt die Informationen zustimmend zur Kenntnis.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 20

Gegenstand: Neufassung der Satzung der Stadtbibliothek der Stadt Speyer
[Vorlage: 2633/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die in der Vorlage vorgeschlagene Neufassung der Satzung der Stadtbibliothek Speyer.

Gegenstand: IV. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 "Schlangenhühl-Nord" hier: Auswertung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
[Vorlage: 2649/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Jaberg verweist auf die Enthaltung im Bau- und Planungsausschuss. Innerhalb der Fraktion fand eine kontroverse Diskussion statt. Die Grünen wollen ein Zeichen gegen Flächenverbrauch setzen, trotz qualitativ an sich guter Ausgleichsmaßnahmen. Daher wird die Fraktion mehrheitlich nicht zustimmen.

Aus Sicht von Herrn Dr. Wilke ist die Entwicklung der Firma wichtig für Speyer, daher signalisiert er uneingeschränkte Unterstützung durch die CDU-Fraktion.

Herr C. Ableiter freut sich für die BGS über Gewerbesteuer und Arbeitsplätze.

Die anfänglichen Probleme der SPD-Fraktion wurden laut Herrn Feiniler überzeugend ausgeräumt, weshalb von dort mehrheitliche Zustimmung erfolgen wird.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Rat der Stadt Speyer mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: B90/Grüne und 3 Enthaltungen: Tabor, F. Hinderberger – SPD, Czerny – B90/Grüne):

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen vorgetragenen Anregungen und Bedenken zum Entwurf der IV. Änderung des Flächennutzungsplans 2020 „Schlangenhühl-Nord“ wird gefolgt.
2. Dem entsprechend überarbeiteten Entwurf der IV. Änderung des Flächennutzungsplans und der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB einzuleiten und die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Gegenstand: Vorhabenbezogener Bebauungsplan Nr. 013 E "Schlangenwühl-Nord, 1. Erweiterung"
hier: Auswertung der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB und der frühzeitigen Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (TöB) gemäß § 4 Abs. 1 BauGB sowie Beschluss zur Beteiligung der Öffentlichkeit gemäß § 3 Abs. 2 BauGB und der Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB
[Vorlage: 2650/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Bau- und Planungsausschusses beschließt der Rat der Stadt Speyer mehrheitlich (bei 3 Gegenstimmen: B90/Grüne und 3 Enthaltungen: Tabor, F. Hinderberger – SPD, Czerny – B90/Grüne):

1. Den Beschlussvorschlägen zu den im Rahmen der frühzeitigen Beteiligungen vorgetragenen Anregungen und Bedenken zum Entwurf des Bebauungsplans Nr. 013 E "Schlangenwühl-Nord, 1. Erweiterung" wird gefolgt.
2. Dem entsprechend überarbeiteten Entwurf des Bebauungsplans, der Textfestsetzungen und der Begründung mit Umweltbericht wird zugestimmt.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Verfahren zur Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange gemäß § 4 Abs. 2 BauGB einzuleiten und die Offenlage gemäß § 3 Abs. 2 BauGB durchzuführen.

Gegenstand: Baurecht AV 03 - Prioritätenliste goldener Plan
[Vorlage: 2659/2018/1](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Czerny kritisiert, dass keine Unterlagen im Vorfeld zur Verfügung gestellt wurden, weder im Sportausschuss noch im Bau- und Planungsausschuss oder heute für den Rat. Der Vorsitzende verweist darauf, dass es sich um eine Anfrage zur baurechtlichen Zulässigkeit handelt. Der AV 03 wollte im Rahmen des „goldenen Plans“ eigentlich anderen Standort, für den ebenfalls eine Befreiung benötigt worden wäre. Hinsichtlich möglicher persönlicher Befangenheit stellt der Vorsitzende fest, dass Herr Hinderberger Ehrenvorsitzender des AV 03 und damit nicht gesetzlicher Vertreter des Vereins ist.

Herr Feinler fehlt das Verständnis für Begrünungsaufgaben bei der Überbauung einer versiegelten Fläche. Der Vorsitzende verweist auf die beschlossene Begrünungssatzung. Diese fordert Entsigelung für jede Neubaumaßnahme, daher wird eine Dachbegrünung vorgeschlagen.

Aus Sicht von Frau Münch-Weinmann ist das gesamte Verfahren für die Grünen aus verschiedenen Gründen nicht tragbar, z.B. wegen des fehlenden Verkehrsgutachtens. Juristisch sei das vielleicht in Ordnung, sie hätte sich aber mehr Zurückhaltung der Familie Hinderberger gewünscht. Daher stimmen die Grünen dem Vorhaben nicht zu.

Der Vorsitzende verweist auf die nachträgliche Vorlage von Verkehrs- und Lärmschutzkonzept.

Herr C. Ableiter hat ebenfalls kein Verständnis für Position der Grünen in dieser Frage. Es geht hier nicht um eine Veranstaltungs-, sondern um eine Trainingshalle.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 4 Gegenstimmen: B90/Grüne, Wöhlert – CDU und 1 Enthaltung: Jaberg - B90/Grüne):

1. Der Nachweis von insgesamt 17 Stellplätzen ist (im Rahmen einer Befreiung) ausreichend.
2. Da die neu projektierte Halle nur als Trainingshalle genutzt wird, ist hier ggf. die Vorlage eines Verkehrs- und Lärmschutzkonzept für Großveranstaltungen nachträglich vorzulegen.
3. Für das bisher mit Pachtvertrag überlassene Grundstück ist vor der Bebauung ein Erbbaurechtsvertrag abzuschließen.
4. Für die hinzukommende Überbauung des Grundstückes ist im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens ein Ausgleich in Form einer Dachbegrünung, bzw. Anpflanzung von Bäumen nachzuweisen (Begrünungssatzung vom 09.12.16).

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 24

Gegenstand: **Stellvertretende Besetzung des Schiedsamtes ab 07.01.2019**
[Vorlage: 2691/2018](#)

Die Tischvorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Es wird darauf hingewiesen, dass Herr Mückain mit Vornamen Bernhard heißt.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig, dem Direktor des Amtsgerichtes Speyer Herrn Bernhard Mückain als stellvertretende Schiedsperson nach der Schiedsamtordnung für eine weitere Amtszeit vom 07.01.2019 bis 06.01.2024 vorzuschlagen.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 25

Gegenstand: Investiver Finanzhaushalt 2017; außerplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO bei HHSt. 21601.0960003-3241 - Anlagen im Bau für Baumaßnahmen - (Burgfeldschule Realschule plus)
[Vorlage: 2693/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Neugebauer regt an, die Gefahrenverhütungsschauen künftig haushaltsverträglicher zu gestalten.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die überplanmäßige Bereitstellung von Mitteln nach § 100 Abs. 1 GemO in Höhe von 350.000 € bei HHSt. 21601.0960003-3241 – Anlagen im Bau für Baumaßnahmen – (Burgfeldschule Realschule Plus).

Gegenstand: Umbesetzung von Ausschüssen
[Vorlage: 2661/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig folgende Änderungen:

1.) Auf schriftlichen Vorschlag des Jugendstadtrates:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Jugendhilfeausschuss (12.):	neu: Alexander Martirosyan Gilgenstraße 16 für: Cody Wiegand	neu: Corinna Schlosser Trifelsstraße 19 für: Miron Sormaz
Schulträgerausschuss (16.):	<i>unverändert</i> (Jim Seitz)	neu: Sophie Oppinger Rheinhäuser Straße 78a für: Juliana Zelder

2.) Auf mündlichen Vorschlag der BGS-Stadtratsfraktion:

Gremium:	Mitglied:	Stellvertreter:
Ausschuss für Tourismus und Stadtmarketing (12.):	<i>unverändert</i> (Karin Hofmann)	neu: Eva Hofmann Ziegelofenweg 48
Kulturausschuss (13.):	<i>unverändert</i> (Ruht Pfohl)	neu: Anneli Baust Meisenweg 28 für: Jutta Ableiter
Schulträgerausschuss (16.):	<i>unverändert</i> (Peter Rebholz)	neu: Karin Hofmann Nußbaumweg 40 für: Jutta Ableiter

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 27

Gegenstand: **Annahme und Verwendung von Spenden nach § 94 Abs. 3 GemO**
[Vorlage: 2662/2018](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Beschluss:

Der Stadtrat stimmt der Annahme der von der Verwaltung aufgelisteten Zuwendungen einstimmig zu.

Gegenstand: Verschiedenes

28.1 Unterrichtspflicht nach § 33 GemO

Der Vorsitzende unterrichtet den Stadtrat entsprechend § 33 Abs. 2 GemO darüber, dass die Stadt im Berichtsjahr 2017 keine berichtspflichtigen Verträge mit Bediensteten der Stadtverwaltung bzw. ihrer Tochtergesellschaften oder des Eigenbetriebs EBS geschlossen hat, die über die Geschäfte der laufenden Verwaltung hinausgehen.

Gleiches gilt für vertragliche Vereinbarungen zwischen der Stadt und Rats- bzw. Ausschussmitgliedern.

28.2 Terminplanung 2019

Im ausgelegten Terminplan für 2019 hat sich ein Tippfehler eingeschlichen. Die Ratssitzung am Dienstag, dem 16.04.2019 statt, nicht wie irrtümlich vermerkt an einem Donnerstag.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 29.1

Gegenstand: Rechtsangelegenheiten

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt einstimmig die von der Rechtsabteilung der Stadt Speyer vorgeschlagene Vorgehensweise.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 30.1

Gegenstand: Verkauf einer Teilfläche aus dem städtischen Grundstück Flurstück Nr. 3727/9, Am Germansberg

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 6 Gegenstimmen: Fraktionen B90/Grüne, Linke):

Dem Verkauf einer Teilfläche von ca. 140 qm aus dem städtischen Flurstück Nr. 3727/9 wird zugestimmt.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 30.2

Gegenstand: Verkauf der Grundstücke der Waisenhausstiftung,
Flurstücke Nr. 2038/67 und 2038/68, Werkstraße, an die Stadt Speyer

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: Czerny – B90/Grüne,
C. Ableiter – BGS):

Dem Verkauf der Flurstücke Nr. 2038/67 zu 340 qm und Nr. 2038/68 zu 164 qm an die
Stadt Speyer wird zugestimmt.

**Gegenstand: Bau der Feuerwache
Grundstückstausch Werkstraße gegen Siemensstraße**

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt nach kontroverser Diskussion mehrheitlich (bei 2 Gegenstimmen: Czerny – B90/Grüne, C. Ableiter – BGS):

1. Die Feuerwache soll auf dem Grundstück Werkstraße 1 und 3 gebaut werden.
2. Der Rat stimmt dem Grundstückstausch zu und beauftragt die Verwaltung, das Grundstück Siemensstraße (ca. 12.000 m²) gegen die Grundstücke Werkstraße 1 und 3 (ca. 6.800 m²) zu tauschen.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018

Niederschrift des Tagesordnungspunktes Nr. 30.4

Gegenstand: Wirtschaftsangelegenheiten

Beschluss: (einstimmig)

Der Rat der Stadt Speyer schlägt auf einstimmige Empfehlung des Aufsichtsrates der Stadtwerke Speyer GmbH, der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Speyer GmbH vor, dem Verkauf zuzustimmen.

42. Sitzung des Stadtrates der Stadt Speyer am 27.09.2018



42. Sitzung des Stadtrates 27.09.2018 **Hansjörg Eger**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das Gesamtdokument!